

SZ-DEBATTE FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Was plant die SPD, was die CDU für die Schüler?

Der Bund macht zwei Milliarden Euro zusätzlich für Kinder und Jugendliche locker. Wie viel Geld ins Saarland fließt, ist noch unklar.

VON TERESA PROMMERSBERGER

SAARBRÜCKEN Groß war die Freude am Mittwoch auch bei Saar-Politikern nachdem bekannt wurde, dass der Bund für dieses und kommendes Jahr zwei Milliarden Euro zusätzlich locker machen wird. Für Kinder und Jugendliche – und für die Folgen der Corona-Pandemie. Lernrückstände, sozial-emotionale Belastungen – die Liste der Probleme ist lang. Allein eine Milliarde Euro soll laut Beschluss des Bundeskabinetts in die Aufarbeitung von Lerndefiziten fließen. Im Rahmen von Sommercamps und zusätzlicher Nachhilfekurse, unterstützt von Vereinen, kommerziellen Anbietern oder auch pensionierten Lehrern und Lehramtsstudierenden. Die zweite Milliarde ist für die Aufstockung verschiedener sozialer Projekte vorgesehen, die Kinder, Jugendliche und Familien unterstützen. Auch in diesem Bereich müssten Krisenfolgen abgedeckt werden. Es geht um mehr Geld für Sprachförderung in Kitas vor allem in sozialen Brennpunkten, um mehr Sozialarbeit an Schulen sowie eine Aufstockung von Freizeitangeboten und kostengünstigen Ferienfahrten.



Wie wird das kommende Schuljahr ablaufen? In welchen Bereichen haben Schüler besonderen Förderbedarf? Das gilt es herauszufinden. FOTO: DANIEL REINHARDT/DPA

Wie viel der zwei Milliarden Euro ins Saarland fließt ist allerdings noch unklar. Ein großer Teil der Mittel wird den Ländern über die Umsatzsteuererteilung bereitgestellt. Auch die Länder müssen einen Eigenanteil leisten. SPD wie CDU im Saarland drängen zur Eile. Sind beide doch bereits fleißig am Planen und stellen eigene Konzepte vor, wie sie die Finanzspritze gerne verwenden würden. Wie unterschiedlich – oder doch ähnlich – sind ihre Ideen? Vieles ist nämlich nicht sonderlich neu und wird seit Monaten diskutiert.

Entscheidend wird letztlich aber vor allem sein, wo die Schulen selbst Bedarfe sehen. Mit den Kommunen, den Kitaträgern, den Trägern in der Nachmittagsbetreuung, den Weiterbildungsträgern und weiteren Bildungsorganisationen möchte Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot (SPD) dies nun zügig klären. Die CDU hatte am Mittwoch Vertreter der Schulgemeinschaft, Lehrer, Eltern und Schüler, zum runden Tisch geladen. Dabei wurde deutlich: Die Bundesmittel sollen nicht nur für Ad-hoc-Maßnahmen genutzt werden. Es brauche langfristig angelegte Konzepte.

SPD will eine individuelle Förderung vor allem während des Unterrichts

Über den Tellerrand hinaus schauen. Ein ganzheitlicher Ansatz. Schule nicht nur als Ort der Wissensvermittlung sehen. Das ist die Marschrichtung von Saar-Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot. Die SPD-Politikerin betont das seit Monaten. Dementsprechend viele Kooperationen will sie nutzen beziehungsweise auf den Weg bringen. Für ein „Umdenken“ in der Bildungspolitik. Individuelle Förderung ist hier das Stichwort. Sozial-emotionale Belastung ein weiteres.

Für die Ministerin ist klar: Um den Förderbedarf zu ermitteln, braucht es eine Lernstands-Diagnose. Die soll über das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) erfolgen, über ein digitales Instrument. Anhand der Diagnosen sollen Förderpläne erstellt werden, die an den Schulen ausgearbeitet werden sollen. Vor allem während der Schulzeit soll gefördert werden. Die Sozialdemokraten planen hier mit Bildungsträgern – auch außerschulischen. Die sollen die Lehrer unterstützen. „Durch zusätzliche Stunden insbesondere in den Kernfächern“, heißt es.

Außerdem setzt die Ministerin auf freiwillige Angebote in den Ferien. Schüler sollen dann Lernrückstände, die durch das lange Distanzlernen entstanden sind, aufarbeiten. In Sprach-, Lese-, Schreib-, Mathe- und Fremdsprachenförderung. Das alles ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem LPM. Vor allem an Standorten in „herausfordernder Lage“ für Grundschulen, Förderschulen und Gemeinschaftsschulen. Fach- und Klassenlehrer könnten die Materialien vor Ferienbeginn vorbereiten. Leiten sollen die Ferienkurse wiederum Träger der Nachmittagsbetreuung und andere außerschulische Bildungsträger. Unterstützt durch Lehramtsstudierende, Lernpaten und Hono-

rarkräfte. Mitte April sind Angebote im Regionalverband Saarbrücken in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule bereits angelaufen. Diese Kooperation besteht bereits seit neuen Jahren.

Akzente möchte die SPD auch im musisch-kulturellen Bereich setzen, mit Angeboten aus dem Sport, der Bildung für nachhaltige Entwicklung und der Sommerakademie. Aber: Ferienangebote seien nur ein Baustein. Ein weiterer Schwerpunkt der Sozialdemokraten sind die multiprofessi-

Saar-Bildungsministerin
Christine Streichert-Clivot
(SPD) FOTO: CHRISTIAN HELLM/MBK



Martina Holzner, SPD-Bildungspolitikerin im Saar-Landtag FOTO: SPD



onellen Teams mit Schulsozialarbeitern und -psychologen. Ziel sei die „Re-Integration“ der Schüler in eine feste Tagesstruktur sowie eine gezielte und individuelle Unterstützung. Nach den Plänen des Bildungsministeriums sollen Schulsozialarbeiter gemeinsam mit den Lehrkräften den Schülern zur Seite stehen. Auch soll ein System von Schulbegleitern aufgebaut werden.

In Sachen Versetzungsentscheidung arbeitet das Bildungsministerium nach eigenen Angaben derzeit an einer Neuregelung. Im vergangenen Schuljahr wurden pandemiebedingt alle Schüler unabhängig ihrer

Leistungen in die nächste Klassenstufe versetzt. Für Streichert-Clivot ist es wichtig, den Bedürfnissen aller Schüler gerecht zu werden. „Deshalb kommt für uns weder in Frage, das Schuljahr gleichermaßen für alle quasi zu annullieren, noch alle Schüler einfach in die nächste Klassenstufe zu versetzen. Die Annullierung des Schuljahres wäre gegenüber denjenigen ungerecht, die gut mitgekommen sind. Alle Schüler einfach in die nächste Jahrgangsstufe zu versetzen, käme einem Verschieben der Herausforderungen in die Zukunft gleich – damit hätten wir aber kein Problem gelöst.“

Mit den derzeit vorhandenen Ressourcen scheint all das kaum machbar. Weswegen die Ministerin erneut zusätzliche Stellen fordert. Zum einen werde die mobile Lehrkräftereserve mit 200 Pädagogen, die geschaffen wurde, um coronabedingte Engpässe auszugleichen, auch im kommenden Schuljahr benötigt. Die Verträge müssten verlängert werden. Zum anderen fordert die Ministerin 300 Lehrerstellen mehr. Der Mehrbedarf könnte bis zu 20 Millionen Euro kosten. Das nun beschlossene Bund-Länder-Programm würde zwar „sehr helfen“. Mit diesen Mitteln aber, „können wir keine Lehrkräfte-Stellen finanzieren“. Schon seit dem vergangenen Jahr sei sie deswegen im Gespräch mit Saar-Finanzminister Peter Strobel (CDU). Bislang ohne Ergebnis, heißt es seitens der Sozialdemokraten.

„Die besten Orte zur Aufarbeitung von krisenbedingten Lerndefiziten sind die Schulen. Dafür braucht es vor allem: mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Stellen in den multiprofessionellen Teams. Die Ministerin hat dazu ihre Vorschläge gemacht, der Finanzminister muss Farbe bekennen“, fordert Martina Holzner, Bildungspolitikerin der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag.

CDU möchte „Brücken“ vom Vormittag zum Nachmittag schlagen

Mit ihrem „Brücken-Programm“ geht die CDU ins Rennen. Für sie ist klar: „Schule kann nicht alles allein lösen. Kernauftrag der Schule ist und bleibt der Unterrichts- und Erziehungsauftrag.“ Und: „Wir wollen nicht zurück zum Status vor der Krise.“ Hierfür haben Nadine Schön, Bundestagsabgeordnete aus dem Saarland und stellvertretende Fraktionschefin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Frank Wagner, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion im Saar-Landtag, „Bausteine“ konzipiert, die sie am Freitag vorstellten.

Der Unterricht soll mit einem „flexiblen Stundenbudget“ gestärkt werden. Ein Pool an zusätzlichen Lehrerstunden am Vormittag, nach einem festen Schlüssel. Messgrößen könnten die Schülerzahl und die Schulform sein. Dieses Stundenbudget sollen die Schulen frei verwenden können, damit Schüler Lernrückstände aufholen. Das Budget würde auch individuelle Förderung ermöglichen. Zusätzliche Ergänzungsleistungen sollen die Lehrer entlasten.

In Zusammenarbeit mit Bildungsträgern sollen „Lernbrücken“ und Ferienschulen auf den Weg gebracht werden. Feste Kurse in kleineren Gruppen am Nachmittag, um die Lernrückstände in den Kernfächern aufzuarbeiten. Die CDU verweist hier ebenfalls auf die Volkshochschulen, auf Nachhilfeanbieter und digitale Anbieter. Aber auch auf pensionierte Lehrkräfte, Studenten, Pädagogen aus der Erwachsenenbildung. Die Ferien- beziehungsweise Sommerschulen sollen der „flächendeckende Start für das Brücken-Programm sein“.

Mit den Bundesmitteln sollen zudem der Schulvor- und nachmittags demer verzahnt werden. Über soziale Unterstützungsangebote sollen Schüler gestärkt, ihre Persönlichkeits-

entwicklung sichergestellt werden. Die CDU schlägt vor, vor allem die Zeit am Nachmittag im Rahmen der Ganztagsbetreuung sowie die Ferienzeiten zu nutzen. Hierzu zählten gezielte Kultur- und Sportprogramme. Unterstützt auch von jungen Menschen, die ihr Freiwilliges Soziales Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst absolvieren. Kooperationen mit Vereinen und anderen Institutionen wie den Familienzentren seien ebenso denkbar. Eine mögliche Schlüsselrolle könne hier „das etablierte Programm

Nadine Schön, Saar-Bundestagsabgeordnete und Fraktions-Vize der CDU/CSU-Bundestagsfraktion FOTO: CARSTEN SIMON



Frank Wagner, CDU-Bildungspolitiker im Saar-Landtag FOTO: CDU SAAR



„Kultur macht stark“ mit eigener saarländischer Servicestelle übernehmen“. Für besonders talentierte Schüler sollen Angebote bereitstehen, um sie weiter zu motivieren. Hier soll es eine Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband der Schülerlabore geben.

Auch einen besseren Übergang von der Kita in die Grundschule plant die CDU. Im kommenden Schuljahr würden rund 700 Schüler mehr eingeschult als im Jahr zuvor. Hier ist soziale Integration das Stichwort, mit sprachlichem und sozialem Ansatz. „Kinder und Jugendliche, die die deutsche

Sprache nicht ausreichend beherrschen, sollen zusätzliche Förderung erhalten, um sich besser integrieren zu können. Dies gilt bei Bedarf auch für deren Eltern.“ 700 Schüler mehr bedeuten allerdings auch 20 Lehrkräfte mehr, die allein für die Grundversorgung dringend benötigt würden. Die will die CDU sicherstellen.

Weil die Pandemie weiter anhält, müsse auch der Gesundheitsschutz fortwährend sichergestellt werden. Bedeutet: Weiter die AHA+L-Regeln einhalten. Außerdem sollen verstärkt Lüftungsgeräte sowie CO₂-Melder zum Einsatz kommen. Das Innenministerium unter Minister Klaus Bouillon (CDU) stellt den Schulträgern Mittel bereit. Bislang wurde davon aber wenig abgerufen. Rund 2,5 Millionen Euro stehen noch zur Verfügung.

In Sachen Digitalisierung will die CDU Lehrer zusätzlich fortbilden. Mit Mitteln aus dem Digitalpakt Schule sollen Ausstattung und Administration vorangetrieben werden. Außerdem eine stärkere Vernetzung der Schulgemeinschaft mit den Trägern, dem Bildungsministerium und IT-Experten. Für den IT-Service sollen mehr externe Kräfte herangezogen werden, um die Schulen zu entlasten. Geplant ist außerdem ein saarländisches Netzwerk der digitalen Bildung, in dem die unterschiedlichen Lernplattformen verbunden werden.

Was die Versetzung der Schüler angeht, so fordert die CDU klare Regeln. Eine pauschale Versetzung aller Schüler wie im vergangenen Jahr soll es nicht geben.

„Wir haben hier einen Mix aus Maßnahmen, die aus unserer Sicht realistisch sind – wenn man es will“, sagt Frank Wagner. „Wir wissen, dass das Bildungsministerium an verschiedenen Maßnahmen arbeitet. Uns fehlen aber genaue Vorschläge. Wir haben noch keinen Startschuss gehört.“

Polizei im Saarland bekommt neue Frauenbeauftragte

SAARBRÜCKEN (fu) Die saarländische Polizei bekommt eine neue Frauenbeauftragte. Julia Schweitzer wird Nachfolgerin von Vera Koch, die ihr Amt nach 19 Jahren abgeben muss. Die 32-Jährige, stellvertretende Dienstgruppenleiterin bei der Polizeiinspektion in Völklingen, setzte sich bei der Wahl mit 321 Stimmen gegen die bisherige Amtsinhaberin durch. Koch soll nach SZ-Informationen auf 267 Stimmen gekommen sein. Sie gab

am Freitag gegenüber unserer Zeitung keine Stellungnahme ab. Auch in der Polizei kursierende Gerüchte, sie wolle die Abstimmung anfechten, ließ Koch unkommentiert.

Überschattet wurde der Wahlkampf für das Polizeiamt von einem erbitterten Streit innerhalb der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Saarland. Der größten Polizeigewerkschaft gehören sowohl Koch als auch Schweitzer an. Koch war stellvertretende Landesche-

fin, allerdings hatte die Führung der Saar-GdP sie im März suspendiert. Das gestatten die Regularien bei einer „schweren Schädigung“ der Gewerkschaft. GdP-Landeschef David Maaß hatte seiner Stellvertreterin vorgeworfen, ihm und anderen Vorständen „in aller Öffentlichkeit pauschal und abstrakt Sexismus vorgeworfen“ zu haben. Sie soll auch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Landespolizeipräsident Norbert Rupp

hatte sich angesichts des Hauskrachs bei der GdP besorgt gezeigt, die „wichtige Funktion“ der Frauenbeauftragten bei der Polizei könne durch eine „rein gewerkschaftsinterne Auseinandersetzung“ einen Schaden nehmen.

Eine Woche vor der Neuwahl der Frauenbeauftragten wurde dann bekannt, dass gegen Koch eine Strafanzeige vorliegt. Dabei ging es um ein Intimfoto einer Polizeibeschäftigten, das diese versehentlich an Koch ge-

sendet haben soll. Anschließend soll die Frauenbeauftragte die Aufnahme auch Dritten gezeigt haben. Dadurch sah sich die Beschäftigte in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt. Die Anzeige wurde öffentlich, nachdem „Der Spiegel“ in einem Beitrag über sexualisierte Gewalt in Gewerkschaftskreisen ausführlich auf die Sexismusvorwürfe im Saarland eingegangen war. Koch hatte sich inhaltlich nicht zur Anzeige geäußert, sie sprach aber von einer

„Schlammeschlacht, die auf dem Rücken der Polizei ausgetragen“ werde.

Hinter Schweitzer und Koch landete bei der Wahl der Frauenbeauftragten der Landespolizei mit 155 Stimmen die Frauenbeauftragte der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOG) im Saarland, Vanessa Grauberger.

Produktion dieser Seite:
Marcel Graus, Sophia Schülke
Dietmar Klostermann